

Inhaltsverzeichnis

1. Klaus-Heiner Lehne	
2. Kategorie:EU	
3. Lobbyismus in der EU	
4. CDU	

Klaus-Heiner Lehne

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Klaus-Heiner Lehne (* 28. Oktober 1957 in Düsseldorf), [CDU](#), ehem. MdEP, seit März 2014 beim [Europäischen Rechnungshof](#) (EuRH) und seit September 2016 dessen Präsident. Zuvor war Lehne Vorsitzender des Rechtsausschusses des [Europäischen Parlaments](#).

Lehne war zeitgleich zu seinem Abgeordnetenmandat Rechtsanwalt bei der internationalen

Wirtschaftskanzlei [Taylor Wessing](#) mit einem monatlichen Einkommen von mindestens 10.000€. ^[1] Lehne hat seine anwaltliche Tätigkeit im Februar 2014 aufgeben, da dies vom Ehrenkodex des Rechnungshofs in Luxemburg so verlangt wird. ^[2]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Interessenkonflikte	3
3.1 Fall: Software-Patente	3
4 Unverhältnismäßige Privilegien	3
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einzelnachweise	4

Karriere

- seit 09/2016 Präsident des Europäischen Rechnungshof
- seit 03/2014 Mitglied des [Europäischen Rechnungshof](#) (EuRH) ^[2]
- 10/2003-02/2014 Partner bei der Kanzlei [Taylor Wessing](#) in Düsseldorf ^[3]
- 2003-01/2014 Vorsitz CDU Kreisverband Düsseldorf
 - 07/2009-02/2014 Vorsitzender des Rechtsausschusses ^[4]
- 1994-02/2014 **Mitglied des Europäischen Parlaments**
- 1992-1994 Mitglied des Deutschen Bundestages
- seit 1991 stellv. Vorsitz CDU Bezirksverband Bergisches Land
- 1986 2. Juristisches Staatsexamen, seitdem Rechtsanwalt in Düsseldorf
- 1984-1992 Ratsmitglied in Düsseldorf

- Studium der Rechtswissenschaften, Physik, Philosophie

Verbindungen / Netzwerke

- **ARAG** SE, Beirat
- **Messe Düsseldorf**, Aufsichtsrat
- **DAF-AKTIENTFORUM** GmbH, Beirat
- **Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft** (BTW), Beauftragter
- Stiftung "Europäische Rechtsakademie" (ERA), Vorsitzender des Vorstandes

Quelle: ^[1]

Interessenkonflikte

Seit Oktober 2003 war Klaus-Heiner Lehne als Rechtsanwalt tätig im Düsseldorfer Büro der internationalen Wirtschaftskanzlei **Taylor Wessing**. Dort war er aktiv im Bereich „Competition, EU and Trade“ und beriet in Bereichen des Kartellrechts, des Beihilfe- und Vergaberechts und EU-Wirtschafts- und Außenhandelsrecht.^[3] Gleichzeitig war er Vorsitzender des Rechtsausschusses des **Europäischen Parlaments** und dort tätig als Berichterstatter zu Themen wie Fusions-, Übernahme-, und Transparenzrichtlinien. Somit besteht die Gefahr von Interessenkonflikten zwischen seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und als EU-Abgeordneter.

Fall: Software-Patente

Lehne ist Befürworter von Gesetzen zur Einführung von Software-Patenten und spricht sich dafür im Rechtsausschuss aus. Die Kanzlei **Taylor Wessing**, für die Lehne arbeitet, berät ihre Kunden, wie zum Beispiel Software-Entwickler **SAP**, zu Themen wie Schutz von geistigem Eigentum und Software-Patentierung. Obwohl Lehne selbst nicht im Bereich Patentrecht bei Taylor Wessing arbeitet, besteht ein möglicher Interessenkonflikt zwischen Lehnies Arbeit an Patentgesetzen und der Spezialisierung der Kanzlei auf Patentrecht. Nachdem 2005 die Richtlinie zur Software-Patentierung fallen gelassen wurde, ist Lehne nun ein starker Befürworter des neuen Europäischen Übereinkommens über Patentstreitigkeiten. Über die Pläne für dieses neue Übereinkommen gibt es Bedenken, nämlich dass es großen Firmen nützen würde und kleine und mittlere Unternehmen darunter stark leiden könnten.^[5]

Unverhältnismäßige Privilegien

Am 30.11. 2021 räumte Lehne bei einer Anhörung vor dem Haushaltskontrollausschuss des Europaparlaments ein, dass er und seine Kollegen das unter ihm entstandene Privileg genießen, für 8 Cent pro Kilometer den Fahrdienst des Rechnungshofs privat nutzen zu dürfen.^[6] Weiterhin wurde ihm vorgeworfen, nur zum Schein eine Wohnung am Sitz des Rechnungshofs in Luxemburg gemietet zu haben, zusammen mit drei Kollegen, und sich dort kaum aufzuhalten. Diesen Vorwurf wies er zurück: Seine Wohnung teile er tatsächlich mit einem Kollegen, weil er sonst keine Verwendung für die vielen Zimmer habe, am Wochenende zu seiner Familie pendle und oft auf Dienstreise sei. Nach Auffassung des Handelsblatts bleibt der wichtigste Kritikpunkt am Rechnungshof dennoch bestehen: Sein 27-köpfiges Kollegium gilt schon länger als Ablageort für honoräre Parteikader oder unliebsame Konkurrenten.

Im Dezember 2021 verschärfte der Europäische Rechnungshof seine Regeln für private Wohnsitze.^[7] Die Vorgaben für die Übernahme von Wohnkosten von Mitgliedern des Rechnungshofs sollten "weiter spezifiziert" werden, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Erklärung der finanziellen Interessen der Mitglieder des Europäischen Parlamentes](#) abgerufen am 30.05.2012
2. ↑ ^{2,02,1} [CDU-Mann Lehne: Umstrittener Wirtschaftsanwalt wechselt an EU-Rechnungshof](#) Spiegel-Online vom 04.02.2014, abgerufen am 06.02.2014
3. ↑ ^{3,03,1} [Webseite Taylor Wessing](#) abgerufen am 30.05.2012
4. ↑ [EU-Parlament: Ständige Ausschüsse neu gewählt](#) EurActiv.de vom 17.07.2009, abgerufen am 30.05.2012
5. ↑ [Too close for Comfort - MEPs, corporate links and potential conflicts of interest](#) Spinwatch Report, Juli 2008, abgerufen am 01.07.2011
6. ↑ [Privilegien und hohe Bezahlung: Chef des EU-Rechnungshofs gerät in Erklärungsnot](#), handelsblatt.com vom 01.12.2021, abgerufen am 12.02.2022
7. ↑ [EU-Rechnungshof verschärft seine Regeln zur Übernahme von Wohnkosten](#), derstandard.de vom 23.12.2021, abgerufen am 12.02.2022

Kategorie:EU

Nimmt man aufgrund der Daten im EU-Transparenzregister eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den KommissarInnen. Sie beeinflussen Richtlinien, bevor diese überhaupt entstanden sind. Sie überhäufen die Abgeordneten mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen und sie bezahlen professionelle Lobbyagenturen dafür, im Zweifelsfall tief in ihre Trickkisten der Lobbystrategien zu greifen.

Seiten in der Kategorie „EU“

Folgende 124 Seiten sind in dieser Kategorie, von 124 insgesamt.

A

- [Archiv:ACTA](#)
- [Archiv:Adrian Severin](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#)
- [Amazon](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Schwab](#)

- [Angelika Niebler](#)
- [Anwaltskanzleien](#)
- [APCO Worldwide](#)
- [Apple](#)
- [Archiv:Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#)
- [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#)

B

- [Benita Ferrero-Waldner](#)
- [Bruegel](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Burson-Marsteller](#)
- [Archiv:Business Coalition for Transatlantic Trade](#)
- [Businesseurope](#)

C

- [Canada Europe Roundtable for Business](#)
- [Cash-for-laws-Affäre](#)
- [CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement](#)
- [Charlie McCreevy](#)
- [Chronik der TiSA-Verhandlungen](#)
- [Archiv:Chronik der TTIP-Verhandlungen](#)
- [Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development](#)
- [COPA-COGECA](#)
- [Archiv:Cross-Industry Initiative](#)

D

- [Deutscher Raiffeisenverband](#)
- [Deutscher Weinbauverband](#)
- [Deutscher Zigarettenverband](#)
- [Diana Banati](#)
- [Die Affäre um John Dalli](#)
- [DIGITALEUROPE](#)

E

- [Edelman](#)
- [Elmar Brok](#)
- [Erika Mann](#)
- [Archiv:Ernst Strasser](#)
- [Archiv:Euro 50 Group](#)
- [EuroCommerce](#)
- [EuropaBio](#)
- [European Automobile Manufacturers Association](#)

- [European Banking Federation](#)
- [European Centre for International Political Economy](#)
- [European Chemical Industry Council](#)
- [European Council on Foreign Relations](#)
- [European Crop Protection Association](#)
- [European Energy Forum](#)
- [European Federation for Investment Law and Arbitration](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#)
- [European Food Information Council](#)
- [European Internet Forum](#)
- [European Logistics Platform](#)
- [European Organisation for Security](#)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- [European Policy Centre](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Services Forum](#)
- [Europäische Agentur für Flugsicherheit](#)
- [Europäische Arzneimittelagentur](#)
- [Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung](#)
- [Europäische Bankenaufsichtsbehörde](#)
- [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#)
- [Europäische Chemikalienagentur](#)
- [EUTOP](#)
- [Expertengruppen der EU-Kommission](#)

F

- [Fleishman-Hillard](#)
- [FoodDrinkEurope](#)
- [Forum Europe](#)
- [Friends of Europe](#)

G

- [German European Security Association](#)
- [Google](#)
- [Archiv:Gplus](#)
- [Günter Verheugen](#)
- [Günther Oettinger](#)

H

- [Archiv:High Level Working Group on Jobs and Growth](#)
- [Hill+Knowlton Strategies](#)

I

- [Intergroups](#)

J

- [JEFTA](#)
- [Jonathan Hill](#)
- [José Manuel Barroso](#)

K

- [Kangaroo Group](#)
- [Karenzzeit EU](#)
- [Klaus Regling](#)
- [Klaus-Heiner Lehne](#)
- [Knowledge4Innovation](#)
- [Kreativwirtschaft](#)

L

- [Lobbyismus in der EU](#)
- [LobbyPlanet Brüssel](#)
- [Lobbyregister EU](#)
- [Lobbyregulierung auf EU-Ebene](#)

M

- [Markus Ferber](#)
- [Marten Westrup](#)
- [Martin Bangemann](#)
- [Archiv:Meglana Kuneva](#)
- [Archiv:Michel Petite](#)
- [Microsoft](#)
- [Miguel Arias Cañete](#)
- [Mogens Peter Carl](#)
- [Monika Hohlmeier](#)
- [MSLGROUP](#)

O

- [Archiv:Ogilvy & Mather](#)

P

- [Pascal Lamy](#)
- [Peter Skinner](#)
- [Philip Morris](#)
- [Archiv:Piia-Noora Kauppi](#)
- [Archiv:Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene](#)

R

- [Regulatorische Kooperation](#)
- [Archiv:Rumiana Jeleva](#)

S

- [Security & Defence Agenda](#)
- [Seitenwechsler auf EU-Ebene](#)
- [Archiv:Sharon Bowles](#)
- [Sky and Space](#)
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)
- [Archiv:Suzy Renckens](#)

T

- [TISA - Trade in Services Agreement](#)
- [Transatlantic Business Dialogue](#)
- [Archiv:Transatlantic Economic Council](#)
- [Archiv:Transatlantic Trade and Investment Partnership](#)
- [Archiv:TTIP Advisory Group](#)

V

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete](#)
- [Viviane Reding](#)

W

- [Werner Langen](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Lobbyismus in der EU

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

In der **Europäischen Union** haben zahlreiche Gesetze mit zentraler Bedeutung für Gesellschaft und Umwelt ihren Ursprung – wie die Sicherheit von Nahrungsmitteln, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Regulierung der Finanzmärkte.

Betroffen sind von diesen Gesetzen auch zahlreiche Großindustrien. Großunternehmen haben daraus längst Schlüsse für ihre Lobbyarbeit gezogen und sind mit ihren Lobbyniederlassungen und Wirtschaftsverbänden in Brüssel präsent. Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Präsenz in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls steigern können – verglichen mit den Ressourcen europäischer und internationaler Großunternehmen bleiben ihre Einflussmöglichkeiten aber eher gering.

Nimmt man aufgrund der Daten im [EU-Transparenzregister](#) eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig.

Das gemeinsame [Transparenzregister von EU-Kommission und EU-Parlament](#) zählte im Juli 2018 11814 Lobbyorganisationen.^[1]

Brüssel gilt heute nicht nur als die Hauptstadt der Europäischen Union. Sondern nach Washington auch als zweitgrößte Anlaufstelle für Lobbyisten. Eine enorme Fülle an politischem Einfluss der Unternehmen ist zu beobachten. Die extrem hohe Präsenz und die großen Ressourcen, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden, sind dafür ein Grund. Daneben gibt es allerdings zahlreiche weitere.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme auf die Europäische Kommission	10
2 Privilegierter Zugang zur EU-Kommission	10
3 Zugang über Expertengruppen	10
4 Einflussnahme auf das Europäische Parlament	10
5 Einflussnahmen über Expertise	11
6 Einflussnahme über Intergroups	11
7 Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten	11
8 Fragwürdige Methoden der Einflussnahme	11
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
10 Einzelnachweise	12

Einflussnahme auf die Europäische Kommission

Die **EU-Kommission** ist die einzige Institution in der EU mit Gesetzgebungskompetenz. Bei ihr nehmen also Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure.

Privilegierter Zugang zur EU-Kommission

Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. Spätestens seit der Gründung des Europäischen Binnenmarkts spielt der Gedanke der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Institutionen.

Über Jahre hinweg und durch zahlreiche Lobbykampagnen ist es einflussreichen Lobbygruppen wie dem [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT), aber auch dem Arbeitgeber-Dachverband [BusinessEurope](#) und globalen Konzernen gelungen, diesen Wettbewerbsgedanken prioritär in Strategien (Lissabon-Strategie, Europa 2020) und Vertragsanhängen^[2] zu verankern. Die Europäische Kommission pflegt schon dadurch einen sehr engen Austausch mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Eliten der europäischen Konzerne. Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden, und die Kommissare gehen regelmäßig zu Veranstaltungen und Vorträgen der Unternehmen und Verbände, um zu sprechen und zuzuhören.^[3]

Wer nicht von Haus aus mit mindestens einem Kommissar oder seinem Generaldirektor einen engen Austausch pflegt, kann sich über das Anheuern einer Lobbyagentur oder die Anstellung eines [Seitenwechslers](#) Zugang verschaffen.

Zugang über Expertengruppen

Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die [Expertengruppen der EU-Kommission](#). Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. Mit etwa 30.000 Mitarbeitern hat sie weit weniger Personal als beispielsweise die Stadt Hamburg. Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen.

- Sieh auch → [Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU](#)

Einflussnahme auf das Europäische Parlament

Das **Europäische Parlament** hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden.

Einflussnahmen über Expertise

Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien usw. helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen – ein Service, den Nichtregierungsorganisationen in dieser Masse nicht bieten können. Bei stark umstrittenen Richtlinien kann es durchaus 1.000 bis 1.500 Änderungsanträge geben.^[4]

Einflussnahme über Intergroups

Zahlreiche Abgeordnete im Europäischen Parlament lassen sich allerdings ganz bewusst für die Interessen der Industrie einspannen.^[5] Ein typisches Format der Zusammenarbeit sind so genannte **Intergroups**, interfraktionelle Arbeitsgruppen, von denen es etwa 60-80 im Europäischen Parlament geben dürfte. Viele von ihnen sind eigentlich Lobbyplattformen.^[6] Abgeordnete verschiedener Fraktionen treffen sich hier mit Vertretern von Unternehmen zu Arbeitsfrühstücken, Businesslunches, Cocktailabenden. Häufig gibt es fachliche Vorträge. Derartige Aktivitäten, aber auch die normalen Veranstaltungen werden durch die Unternehmen, die Mitglieder sind, finanziert.

Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten

Nicht wenige Abgeordnete im **Europäischen Parlament** gehen neben ihrem Mandat einer weiteren Tätigkeit nach. Unter den deutschen Abgeordneten sind dies ca. 25%. (Quelle ?) Nicht bei allen entsteht dadurch sofort ein Interessenkonflikt. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass Abgeordnete bestimmte Interessen besonders vertreten. Es ist auch grundsätzlich nicht problematisch, seine Landwirtschaft oder die Arztpraxis, die Tätigkeit, in der man zuvor gearbeitet hat, weiterzuführen, sofern sich dies mit der Tätigkeit als Abgeordnete/-r zeitlich vereinbaren lässt. Fragen werfen alle Tätigkeiten auf, durch die Geld oder andere Leistungen eines Akteurs mit einem klaren Interesse an EU-Politik (Unternehmen, Verbände etc.) an den oder die Abgeordnete fließen.

Fragwürdige Methoden der Einflussnahme

Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können: Diese stellen nicht nur ihre gut gefüllten Adressbücher zur Verfügung – darunter zahlreiche ehemalige Kommissar/-innen und hohe Kommissionsbeamte sowie ehemalige Abgeordnete und deren Personal. Sie verfügen auch über die besten „Spin Doctors“ und gut gefüllte Trickkisten mit Lobbystrategien, die oft jenseits der Grenzen ethisch korrekter Lobbyarbeit liegen.

PR-Agenturen wie unter anderem **Burson-Marsteller** oder **Fleishman-Hillard** helfen gerne, wenn es zum Beispiel darum geht, handfeste Industrieinteressen in das Mäntelchen von Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft oder wenigstens eines Teils von ihr zu kleiden. Da werden zum Beispiel so genannte „Front Groups“ gegründet – unter anderem in Form wissenschaftlich klingender Initiativen wie das **Bromine Science and Environment Forum**. In Wahrheit wird hier die Lobbyarbeit gegen das Verbot bromierter Flammenschutzmittel von Burson Marsteller koordiniert und von den vier weltgrößten Herstellern von bromierten Flammenschutzmitteln bezahlt. Die Öffentlichkeit sieht zunächst nicht, wessen Interessen dahinterstecken. Auch das Vortäuschen von Bürgerinitiativen ist eine immer wieder angewendete Strategie.^{[7][8]}

Auch die Arbeit zahlreicher **Denkfabriken** ist zu hinterfragen. So erhielt die Brüsseler Denkfabrik **Center for the New Europe** 2003 und 2004 insgesamt 120.000\$ für seine „Aufklärungsbemühungen“ zur Erderwärmung durch den Öligiganten **Exxon Mobil**. ^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 16.07.2018.
2. ↑ EU-Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, Abs. 9. Demnach muss die EU-Kommission, bevor sie neue Rechtsvorschriften erlässt, „umfassende Anhörungen durchführen“ und zudem dafür Sorge tragen, dass „die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand (...) der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen“.
3. ↑ ALTER-EU: Bursting the Brussels Bubble - The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brussels, 2010
4. ↑ zum Beispiel bei der Richtlinie REACH, vgl.: Adamek, Sascha; Otto: Kim: Der gekaufte Staat: S.
5. ↑ [Spinwatch: Too Close for comfort](#), Spinwatch, UK, Juli 2008, abgerufen am 12.12.2012
6. ↑ [Lobbying under the radar](#), www.corporateeurope.org vom 24.5.2011, abgerufen am 12.12.12
7. ↑ [Astroturf: Eine neue Lobbystrategie in Deutschland](#), Anna Irmisch, Seite 23, 2011 Verlag für Sozialwissenschaften
8. ↑ [Campaign for Creativity erhält Worst-EU-Lobby-Award](#),www.lobbycontrol.de vom 16.12.05, abgerufen am 10.12.12
9. ↑ [Centre for the New Europe](#),www.soucewatch.org abgerufen am 10.12.12

CDU

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	13
1.1 Bundestagswahl 2025	13
1.2 Bundestagswahl 2021	13
1.3 Bundestagswahl 2017	13
1.4 Bundestagswahl 2013	14
1.5 Bundestagswahl 2009	14
2 Finanzierung	14
2.1 Rechenschaftsberichte	14
2.2 Top-Spender	15
2.3 Gesamteinnahmen	16
2.4 Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU	17
2.5 Sponsoring	19

3 Wirtschaftsrat der CDU	19
4 Bundesvorsitzender Merz	19
5 Generalsekretär Linnemann	19
6 Bundesgeschäftsführer Birkenmaier	19
7 Beteiligungen an Unternehmen	20
8 Weiterführende Informationen	20
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
10 Einzelnachweise	20

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 2025 enthält keinerlei Forderungen zu schärferen Regulierung von Parteispenden, Lobbyismus oder für mehr Transparenz.^[1]

Bundestagswahl 2021

Weder im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 noch im Grundsatzprogramm der CDU werden Fragen von Lobbyismus und Transparenz behandelt. Die Union hat jedoch in der 19. Legislatur gemeinsam mit der SPD nach großen Skandalen in der Union ein Lobbyregister und Änderungen im Abgeordnetenrecht geschaffen, die wichtige Schritte hin zu mehr Transparenz bedeuten.

Hintergründe und ausführliche Informationen sind unter [Lobbyregister Deutschland](#) und [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#) zu finden.

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[3]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[4]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 150.586.032,07 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 71.186.700,18 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinfüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der CDU

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der CDU in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Christoph Alexander Kahl	1.978.160 €	
DVAG (Firmengeflecht)	1.591.001 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Familie Gröner	880.000 €	Spenden von Gröner Family Office GmbH und Christoph Gröner
Schambach, Stephan	1.238.000 €	
Familie Quandt /Klatten (BMW)	650.010 €	Spenden von Susanne Klatten, Stefan Quandt und Johanna Quandt
Dr.-Ing. E.h. Martin	659.	

Herrenknecht	102 €	
Dr. August Oetker KG	435. 500 €	Spenden von Dr. August Oetker KG, Arend Oetker, Alfred Oetker sowie Carl-Ferdinand Oetker
Droege Group AG	300. 000 €	
Prof. Dr. Hans Georg Näder	299. 000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	438. 368, 85 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid sowie Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	36,2 6	21, 0	36,4 1	26, 7	37, 2	23, 2	37,6 7	24,9 2	37,5 5	24,6 0
Mandatsträgerbeiträge	23,0 6	13,3 6	22,3 2	16,3 7	21,8 9	13,6 5	21,5 4	14,2 5	21,1 2	13,8 4
Spenden von natürlichen Personen	12,3 4	7,1 5	1 4	10,2 7	26, 7	16,6 5	17,9 9	11,9 0	16,2 5	10,6 5
Spenden von juristischen Personen	5,8 4	3,3 8	7,3 4	5,3 8	14,8 2	9,2 4	8,7 5	5,7 9	7,3 1	4,7 9
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	3,6 4	2,1 1	1,9 5	1,4 3	1,7 9	1,1 1	5,0 8	3,3 6	2,1 1	1,3 8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	10,9 1	6,3 1	8, 9	6,5 2	6,1 5	3,8 4	5,7 6	3,8 1	13,4 8	8,8 3
Staatliche Mittel	57,9 6	33,5 7	44,4 6	32,6 1	5 1	31,8 1	53,7 3	35,5 4	54, 1	35,3 9
Sonstige	22,6 6	13,1 2	0,9 8	0,7 2	0,8 1	0, 5	0,6 5	0,4 3	0, 8	0,5 2
	172,664 Mio									

Summe	€	136,36 Mio €	160,36 Mio €	151,16 Mio €	152,63 Mio €
--------------	----------	---------------------	---------------------	---------------------	---------------------

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	37,7 4	25,6 2	37,5 7	23,9 8	37, 7	26,0 3	38,7 5	25,6 4	39, 3	28, 7
Mandatsträgerbeiträge	20,7 4	14,0 8	20,0 9	12,8 2	19, 4	13,3 9	17,5 3	11, 6	17, 2	12, 6
Spenden von natürlichen Personen	12,1 1	8,2 2	22,5 8	14,4 1	15,1 3	10,4 5	20,0 6	13,2 8	12,1 4	8, 9
Spenden von juristischen Personen	4,9 7	3,3 7	12,6 3	8,0 6	7,0 5	4,8 7	10,7 4	7,1 1	6,0 5	4, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0,0 3	0,0 3	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	1,7 4	1,1 8	2,0 2	1,2 9	2,3 2	1, 6	2, 8	1,8 6	3,4 4	2, 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	13,2 1	8,9 7	12,7 9	8,1 6	12,8 2	8,8 4	11,6 8	7,7 4	11, 7	8,5 4
Staatliche Mittel	56,1 4	38,1 0	48,3 6	30,8 6	49, 5	34,1 9	48,0 5	31, 8	46, 4	33,8 8
Sonstige	0,6 8	0,4 6	0,6 6	0,4 2	0,9 2	0,6 3	1,4 8	0,9 7	0, 8	0,5 7
Summe	147,3 Mio €		156,7 Mio €		144,83 Mio €		151,1 Mio €		137 Mio €	

Quellen:^[5]

*Anmerkung:*Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Spenden von natürlichen Personen an die CDU im Jahr 2020 beliefen sich auf 17,986 Mio € und wurden auf 17,99 Mio € aufgerundet.

Verdacht der illegalen Einflussspende an die Berliner CDU

Christoph Gröner spendete 2020 insgesamt 820 Tsd. Euro an die Berliner CDU (320 Tsd. Euro als Privatperson und 500 Tsd. Euro über die Gröner Family Office GmbH); 2021 belief sich die Spende von Gröner auf 20 Tsd. Euro.^{[6][7]}

Die beiden Spenden von 2020 waren nach einem von LobbyControl beauftragten [Rechtsgutachten](#) wahrscheinlich illegal, weil damit Erwartungen verbunden waren, wie Gröner selbst 2021 öffentlich zugab.^[8]

Laut „Tagesspiegel“ vom 19.05.2023 beschäftigte sich der Deutsche Bundestag mit den Großspenden an die CDU.^[9] Der Vorgang sei ausgewertet worden, um über ein mögliches weiteres Vorgehen zu entscheiden. Transparency International hatte im Mai 2023 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas in einem Brief aufgefordert, dass die Bundestagsverwaltung als zuständige Stelle die Parteispenden überprüfen solle.^[10] Ende Juli 2023 wurde bekannt, dass die Bundestagsverwaltung die Prüfung eingestellt hat. "Eine Stellungnahme der CDU habe den in Medienberichten geäußerten Verdacht eines möglichen Verstoßes gegen das Parteiengesetz ausgeräumt"^[11]

Anlass der Prüfung waren Recherchen des „Tagesspiegel“, nach denen sowohl Gröner als auch die CDU mehrfach gesagt haben, dass mit den Spenden Absprachen oder Bitten des Unternehmers verbunden seien.

- Im Podcast „Tacheles“ von Deutschlandfunk Kultur“ erklärte Gröner am 8. Mai 2021 zu seiner Großspende: "Ich habe der CDU drei Bedingungen gesetzt. Ich habe gesagt, ich möchte, dass die Kinder im Kinderheim, die behindert sind, genauso viel Geld für ihre Kleider kriegen wie die nichtbehinderten. Die kriegen nämlich 200 Euro weniger. Ich habe gesagt: Wenn das Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel nicht abschafft, dann möchte ich auch, dass die CDU den nicht abschafft, aber modifiziert."^[12]
- Im Tagesspiegel-Podcast „Berliner & Pfannkuchen“ erklärte Gröner in Bezug auf die Spenden: „Ich habe eine einzige Forderung an den Herrn Wegner gestellt, und die war die, dass ich gesagt habe: ‚Kinder im Kinderheim, die behindert sind, sollen bitte in Zukunft den gleichen Kleidersatz kriegen wie Kinder, die nicht behindert sind.‘ (...)“ Das ist sozusagen schriftlich fixiert.“^[13]
- Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bestätigte 2021 in einem [Interview](#), dass die Spende von Gröner mit Forderungen verbunden war.

Später bestritt Gröner, die Spenden an politische Forderungen geknüpft zu haben: Er habe im Zusammenhang mit den Spenden „nie eine Bitte geäußert, einen Wunsch erklärt, noch eine Bedingung gestellt. Und wenn ich etwas anderes gesagt habe, dann war es im Affekt (...)“.^[14] Auch die Gröner Family Business Office GmbH bezeichnete eine Verbindung zwischen Spende und Forderung nun als falsch; es sei in der Öffentlichkeit eine Diskussion entstanden, die diesen Zusammenhang konstruieren möchte.^[15] Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) erklärte, er sei nicht beeinflussbar.^[16] Entscheidend sei, dass er politische Entscheidungen von einer solchen Spende nicht abhängig mache. Das werde er nie tun.

Laut LobbyControl offenbart der Fall Gröner große Mängel in der Kontrolle der [Parteienfinanzierung](#) in Deutschland: „Es ist hochproblematisch, wenn bei einer Spende in dieser Größenordnung Verstöße öffentlich zugegeben werden, und die zuständige Stelle davon nicht einmal Notiz nimmt. Das Parteiengesetz muss dringend reformiert werden. Es braucht schärfere Transparenzpflichten und schnellere Offenlegung sowie eine unabhängige und mit mehr Ressourcen ausgestattete Kontrolle. Aber das alleine reicht nicht aus. Spenden in dieser Höhe sind oft mit Erwartungen verbunden, die sich schwer kontrollieren lassen, Parteien aber in Abhängigkeiten bringen. Dies gilt besonders auf Landesebene, wo einzelne Spenden den Großteil des Wahlkampfbudgets einer Partei ausmachen können, wie auch im Fall Gröner. Das wirksamste Mittel, um dieses Problem zu bekämpfen, ist deshalb ein Parteispendendeckel. LobbyControl fordert eine Obergrenze von 50.000 Euro pro Spender:in pro Jahr.“^[17]

Hintergrundanalyse von LobbyControl zu Parteispenden inkl. Kritik an den Spenden von Gröner: [Die Parteispenden steigen, die Intransparenz bleibt](#)

Sponsoring

[Parteisponsoring](#) ist bislang nicht im Parteiengesetz geregelt und fällt daher nicht unter die Transparenzregeln, die für Parteispenden gelten. Die Sponsoren vergangener CDU-Parteitage lassen sich daher nur vereinzelt durch Fotos ausgestellter Sponsorentafeln bestimmen und können z.T. auf den Webseiten der Parteitage eingesehen werden:

- [Sponsoren des 25. Parteitags der CDU, 03.-05.12.2012](#)
- [Sponsoren des 29. Parteitags der CDU, 05.-07.12. 2016](#)
- [Sponsoren des 31. Parteitags der CDU, 07.-08.12. 2018](#)
- [Sponsoren des 32. Parteitags der CDU, 22.-23.11.2019](#)
- [Sponsoren Landesparteitag Baden-Württemberg, 23.01.2021](#)
- [Sponsoren des 34. Parteitags der CDU, 22.01.2022](#)

Wirtschaftsrat der CDU

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#), eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern. Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[18] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage eines CDU-Mitglieds aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg und wird weitere Schritte prüfen. Hierzu könnte etwa eine erneute Klage eines Parteimitglieds mit Delegiertenstatus vor dem Parteigericht oder der Gang vor das Zivilgericht gehören. ^[19]

Bundvorsitzender Merz

[Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU und Kanzlerkandidat der Union, war Top-Lobbyist und seit 1999 Präsidiumsmitglied und seit 2019 Vizepräsident des [Wirtschaftsrats](#). Nach Kritik durch [LobbyControl](#) im Jahr 2021 gab er beide Posten auf. ^[20]

Generalsekretär Linnemann

Generalsekretär [Carsten Linnemann](#) war bis 2021 Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU

Bundesgeschäftsführer Birkenmaier

Philipp Birkenmaier war u.a. Leiter des Arbeitsstabs Mittelstandsstrategie im Bundesministerium für Wirtschaft (2019-2020) und Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (2012-2019) ^[21]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die CDU Mehrheitsbeteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- [Union Betriebs GmbH](#), Rheinbach (Medienunternehmen)
- Kommunal-Verlag GmbH (Medienunternehmen), Berlin
- CDA Verlagsgesellschaft mbH (Medienunternehmen), Berlin
- Verlags- und Werbegesellschaft für politische Meinungsbildung mbH (Medienunternehmen) , Wiesbaden
- Domizil Verwaltungs- und Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen GmbH, Hannover
- Verlag für Landespolitik und Werbung GmbH (Medienunternehmen), Kiel
- V-G-B Verwaltungsgesellschaft für Grundstücke und Beteiligungen mbH, Düsseldorf
- Kommunalpolitische Vereinigung Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Recklinghausen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wahlprogramm von CDU und CSU](#), cdu.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017, pdf \(630 kB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
5. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
6. ↑ [Gröner Family Office GmbH](#), lobbypedia.de, abgerufen am 25.06.2023
7. ↑ [Parteispenden über 50.000 Euro 2020](#), bundestag.de, abgerufen am 25.06.2023
8. ↑ [Gröner-Spenden an die CDU: Parteien, verklagt den Bundestag!](#) www.lobbycontrol.de vom 13.09.2023, abgerufen am 27.03.2024
9. ↑ [Nach widersprüchlichen Aussagen Bundestag wertet umstrittene Gröner-Spenden an Berliner CDU aus](#), tagesspiegel.de vom 19.05.2023
10. ↑ [Gröner-Spenden an CDU: Transparency International fordert Bundestagsverwaltung zur Prüfung auf](#), transparency.de vom 17.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
11. ↑ [Keine "Einflusssspende"](#) www.sueddeutsche.de vom 27.07.2023, abgerufen am 27.07.2023
12. ↑ [Vom Versagen der Politik und dem Wusch zu bauen](#), deutschlandfunkkultur.de vom 08.05.2021, abgerufen am 01.07.2023
13. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
14. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
15. ↑ [800.000-Euro-Spende an die CDU](#), tagesspiegel.de vom 16.05.2023, abgerufen am 01.07.2023
16. ↑ [Wegner dementiert Bedingungen eines Unternehmers für Parteispende](#), rbb24.de vom 21.05.2023, abgerufen am 01.07.2023

17. ↑ [Pressemitteilung vom 19.05.2023](#), abgerufen am 01.07.2023
18. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
19. ↑ [Pressmitteilung vom 28.04.2023](#), abgerufen am 29.04.2023
20. ↑ [LobbyControl auf Twitter am 15.12.2022](#), abgerufen am 04.08.2022
21. ↑ [Dr. Philipp Birkenmaier](#), linkedin.com, abgerufen am 01.12.2024